Beratungsunterlage KT 2014/13 mit 1 Anl.



Finanzen, Schulen und Beteiligungen	Kreistag Öffentlich	25.07.2014 TO Nr. 4

Erster Finanzzwischenbericht 2014

Beschlussantrag

Kenntnisnahme.

II. Sach- und Rechtslage, Begründung

Mit Aufnahme der Tätigkeit der Stabstelle "Finanz- und Beteiligungsmanagement" zum 1. Juni 2014 soll das (Finanz-)Controlling des Landratsamtes Göppingen künftig nach und nach ausgebaut werden.

In einem ersten Schritt wird regelmäßig (quartalsweise) im Rahmen von Finanzzwischenberichten die aktuelle Finanzlage des Landkreises erläutert. Gegenüber dem bisherigen Berichtswesen wurden die Struktur und das Layout mit dem vorliegenden ersten Finanzzwischenbericht 2014 komplett überarbeitet.

Neu ist, dass die wichtigsten Ertrags- und Kostenarten sowie die Investitionen standardisiert nach der Gliederung der Ergebnis-/Finanzrechnung aufgebaut sind und sämtliche Kontenklassen umfasst. Dies erlaubt Vergleiche mit den Vorberichten und Vorjahresständen. Eine Darstellung der einzelnen Produktbereiche und Teilhaushalte erfolgt nur indirekt und soll speziellen Berichten (z. B. Sozialcontrolling) bzw. dem Vorbericht zum Haushaltsplan und dem Rechenschaftsbericht im Rahmen des Jahresabschlusses vorbehalten bleiben.

Der Controllingprozess wird in den kommenden Monaten weiter ausgebaut und das Berichtswesen weiter ergänzt und standardisiert.

Für inhaltliche Ausführungen zur aktuellen Finanzlage (Stand: 30.06.2014) wird auf die beigefügte Anlage verwiesen.

III. Handlungsalternativen

Keine.

IV. Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten

Keine.

V. Zukunftsleitbild/Verwaltungsleitbild - Von den genannten Zielen sind berührt:

Zukunfts- und Verwaltungsleitbild	Übereinstimmung/Konflikt 1 = Übereinstimmung, 5 = keine Übereinstimmung						
·	1	2	3	4	5		
Themen des Zukunftsleitbildes nicht berührt							
Themen des Verwaltungsleitbildes nicht berührt							

VI. Internetfreigabe

☐ Freigegeben für die Veröffentlichung im Internet.



Erster Finanzzwischenbericht 2014

Stand: 30.06.2014



Allgemeine Vorbemerkungen

Mit Aufnahme der Tätigkeit der Stabstelle "Finanz- und Beteiligungsmanagement" zum 1. Juni 2014 soll das (Finanz-)Controlling des Landratsamtes Göppingen künftig nach und nach ausgebaut werden.

In einem ersten Schritt wird regelmäßig (quartalsweise) im Rahmen von Finanzzwischenberichten die aktuelle Finanzlage des Landkreises erläutert. Gegenüber dem bisherigen Berichtswesen wurden die Struktur und das Layout mit dem vorliegenden ersten Finanzzwischenbericht 2014 komplett überarbeitet.

Neu ist, dass die wichtigsten Ertrags- und Aufwandsarten sowie die Investitionen standardisiert nach der Gliederung der Ergebnis-/Finanzrechnung aufgebaut sind und sämtliche Kontenklassen umfasst. Dies erlaubt Vergleiche mit den Berichten der vorherigen Quartale und Vorjahresständen. Eine Darstellung der einzelnen Produktbereiche und Teilhaushalte erfolgt nur indirekt und soll speziellen Berichten (z. B. Sozialcontrolling) bzw. dem Vorbericht zum Haushaltsplan und dem Rechenschaftsbericht im Rahmen des Jahresabschlusses vorbehalten bleiben.

In Anlage 1 ist der Stand des Ergebnis- und Finanzhaushalts auf Ebene der Kontenklassen dargestellt. In Anlage 2 findet sich eine Auswertung des Sozialcontrollings zum 16.06.2014.

Da keine Werte aus dem Vorjahr mit Stichtag 30.06. vorliegen, kann im ersten Finanzzwischenbericht 2014 kein Vergleich mit dem Vorjahreswerten erfolgen. In den Folgeberichten wird dieser Zeitreihenvergleich möglich sein.

Der Controllingprozess wird in den kommenden Monaten weiter ausgebaut und das Berichtswesen ergänzt und standardisiert.

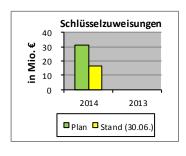
1. Ergebnishaushalt: Entwicklung der wichtigsten Erträge

1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

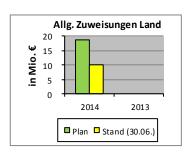


Die Wohngelderstattungen des Landes liegen wie bereits im Vorjahr mit 1,78 Mio. € deutlich über dem Planansatz von 1,00 Mio. €. Diese Ertragsposition kann vom Landkreis nicht beeinflusst werden und ist nur sehr schwer zu prognostizieren.

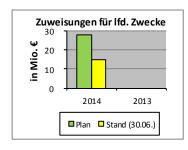
1.2 Zuweisungen, Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beträge



Laut Mitteilung des Landkreistages vom 22.05.2014 erhöht sich durch die Mai-Steuerschätzung 2014 der für die Landkreise bedeutsame Kopfbetrag zur Bemessung der Bedarfsmesszahl von 587 € auf 589 € pro Einwohner. Gleichzeitig ist mit einer höheren Ausschüttungsquote von 71,50 % für die Schlüsselzuweisung (Plan: 71,00 %) und mit Nachzahlungen aus der Vorjahresabrechnung (86.000 €) zu rechnen. Für den Landkreis Göppingen bedeutet dies voraussichtlich höhere Einnahmen aus den **Schlüsselzuweisungen** von insgesamt 763.000 €.



Die sonstigen allgemeinen Zuweisungen vom Land verlaufen bisher weitgehend planmäßig (Bewirtschaftungsstand: 53,33 %). Neben den FAG-Zuweisungen (Zuweisung nach Einwohnerzahl. Sonderbehördeneingliederung, Zuweisungen Verwaltungsstrukturreform) sind in dieser Kontenart auch die Verwaltungseinnahmen nach Kosten- und Gebührengesetzen. sowie die dem Landkreis als untere Verwaltungsbehörde überlassenen Gebühren enthalten (Verwarnund Bußgelder Verkehrsbereich, genehmigungsgebühren, Gebühren Straßenverkehrsamt, Gebühren Veterinärwesen, usw.).

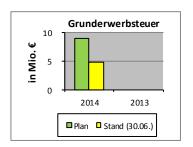


Bei den **Zuweisungen für laufende Zwecke** ergeben sich im ÖPNV-Bereich voraussichtlich um 153.000 € geringere Einnahmen als noch bei der Planung unterstellt, da die zugrunde gelegte Erhöhung der Landeszuweisung nicht eingetreten ist. Auch bei der Kleinkindförderung kommt es aufgrund geänderter Basisdaten auf Landesebene zu geringeren Erträgen in Höhe von 137.000 €. Diese

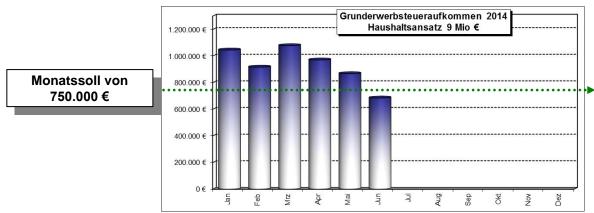
Änderungen waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung im Haushaltserlass des Finanzministeriums noch nicht bekannt. Die sonstigen Landeszuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs, insbesondere die Sachkostenbeiträge für Schulen, die Zuweisungen für die Schülerbeförderung sowie für die Kreisstraßen verlaufen planmäßig.

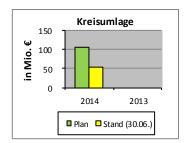
Zudem erhält der Landkreis für die Teilintegration in den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) im Berichtsjahr einen Landeszuschuss in Höhe von 713.000 €. Da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch kein entsprechender Bewilligungsbescheid vorlag, wurden hierfür keine Planmittel eingestellt, der Zuschuss verbessert damit das Jahresergebnis in voller Höhe.

Ausgleichleistungen des Bundes Bei den Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit rechnen wir aufgrund höherer Fallzahlen Mehreinnahmen. denen aber entsprechende Mehraufwendungen gegenüberstehen. Aufgrund laufenden Haushaltsiahr veränderter Statistikdaten reduziert sich der Soziallastenausgleich nach derzeitigen Berechnungen des Landes gegenüber der bisherigen Planung um 173.000 €.

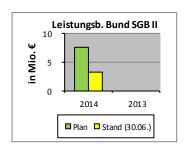


Die Erträge aus der **Grunderwerbsteuer** liegen derzeit bei rund 5,67 Mio. € (Plan: 9,00 Mio. €). Im Juni lagen die Erträge zum ersten Mal in diesem Jahr unter dem Monatssoll von 750.000 €. Für das Jahr 2014 rechnen wir bei einer weiterhin positiven Entwicklung mit Mehreinnahmen zwischen 1,00 bis 2,00 Mio. €.



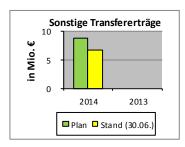


Die Erträge aus der **Kreisumlage** (Plan: 105.584.015 €) mit einem Hebesatz von 37,00 % verlaufen systembedingt planmäßig.



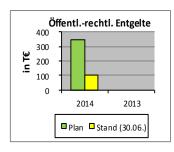
Die Leistungsbeteiligung des Bund an SGB II reduziert sich um zurückgeforderte Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von 393.273 €.

1.3 Sonstige Transfererträge



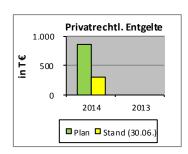
Bei den **sonstigen Transfererträgen** rechnen wir aufgrund der Prognose des Sozialcontrollings mit höheren Einnahmen, da Nachzahlungen der Ausbildungsförderung im Bereich der Eingliederungshilfe (+775.000 €) im Berichtsjahr eingehen werden. Gleichzeitig werden sich im Bereich Jugendhilfe die Unterhaltsforderungen nicht vollständig realisieren lassen, was zu Wertberichtigungen von geschätzten 450.000 € führen wird. Weitere Erläuterungen sind im Bericht des Sozialcontrollings zum 16.06.2014 enthalten (siehe Anlage 2).

1.4 Öffentlich-rechtliche Entgelte



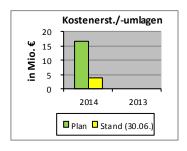
Unter die öffentlich-rechtlichen Entgelte fallen neben den Erträgen des Blockheizkraftwerks und der Fotovoltaikanlagen, auch die Park- und sonstigen Verwaltungsgebühren. Derzeit sind in diesem Bereich keine Planabweichungen zu erkennen. Der geringe Stand zur Jahresmitte ergibt sich daraus, dass ein Großteil der Abrechnungen und steuerrechtlich notwendige Verrechnungen erst zum Jahresende erfolgen.

1.5 Privatrechtliche Entgelte



In der Ertragsart **privatrechtliche Entgelte** sind insbesondere Miet- und Pachteinnahmen. In einigen Fällen erfolgen die Zahlungen erst zum Jahresende. Ansonsten sind in diesem Bereich derzeit keine Besonderheiten festzustellen.

1.6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen



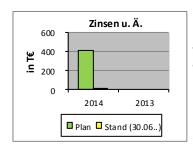
Bereich Die arößten Positionen im der -umlagen Kostenerstattungen und sind die Personalkostenerstattungen des Bundes für den Sozialbereich (Plan: 2,28 Mio. €) und für die Kriegsopferfürsorge (Plan: 577.600 €) sowie die Umlagen des Landes im Bereich Aufnahme und Eingliederung (Plan: 4,98 Mio. €), bei den Unterhaltsvorschüssen (Plan: 1,1 Mio. €) und den Ersätzen für die Waldarbeiter (Plan: 818.000 €).

Aus dem sonstigen Bereich enthalten. sind die Eigenanteile für die Schülerbeförderung und den ÖPNV (Plan: 5,06 Mio. €) sowie Erstattungen der Eigengesellschaften für Verwaltungsleistungen (Plan: 964.000 €).

Im Berichtsjahr sind bisher lediglich 22,71 % der Erträge eingegangen, da einige Erstattungen erst in der zweiten Jahreshälfte verbucht werden bzw. unregelmäßig eingehen.

In der Regel korrespondieren die Kostenerstattungen mit entsprechenden Aufwendungen. Abweichungen in diesem Bereich sind somit grundsätzlich haushaltsneutral.

1.7 Zinsen und ähnliche Erträge



Der vom AWB abzuführende freie Überschuss für das Jahr 2013 beträgt 240.705 € und liegt damit um rund 40.000 € über der Planung.

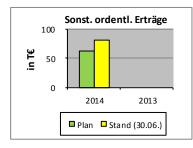
Die Dividendenzahlung der Kreisbaugesellschaft Filstal mbH wird nach derzeitigen Informationen planmäßig eingehen (Plan: 148.000 €).

Da die notwendigen Beschlüsse erst noch gefasst werden müssen, gehen die Zahlungen erst im Laufe des zweiten Halbjahres ein, wodurch sich der niedrige Bewirtschaftungsstand zum 30.06. erklärt.

1.8 Aktivierte Eigenleistungen

Die Verbuchung von **aktivierten Eigenleistungen** erfolgt erst im Rahmen des Jahresabschlusses.

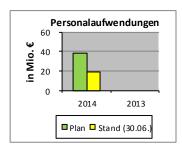
1.9 Sonstige ordentliche Erträge



Der Bewirtschaftungsstand der **sonstigen ordentlichen Erträge** liegt bereits zur Jahresmitte um ca. 20.000 € über dem Planansatz. Aufgrund einzelner hoher Zahlungsrückstände rechnen wir zum Jahresende insgesamt mit Mehreinnahmen im Bereich der Nebenforderungen (Mahngebühren, usw.) von 50.000 €.

2. Ergebnishaushalt: Entwicklung der wichtigsten Aufwendungen

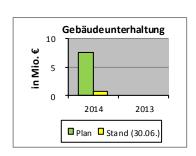
2.1 Personalaufwendungen



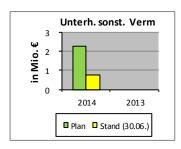
Im Rahmen des Tarifabschlusses für das Jahr 2014 wurden eine Tarifsteigerung von 3,00 % ab dem 01.03.2014 sowie ein Mindestbetrag von 90,00 € für die Angestellten beschlossen. Der Haushaltsplanung zugrunde gelegt, war eine Steigerung von 2,00 %. Insgesamt rechnet das Hauptamt aufgrund der Tarifsteigerung mit Mehraufwendungen in Höhe von 185.000 €. Für den Beamtenbereich sind keine Kostensteigerungen zu erwarten.

Dem stehen Einsparungen durch verzögerte Stellenbesetzungen oder längere Krankheitsausfälle gegenüber, so dass hierdurch voraussichtlich ein Teil der Mehraufwendungen aufgefangen werden kann. Derzeit sind die vorhandenen Mittel zu 49,36 % bewirtschaftet.

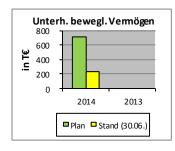
2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen



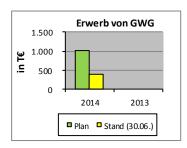
Im Bereich der **Gebäudeunterhaltung** sind zur Jahresmitte erst 10,30 % der Planmittel bewirtschaftet. Ein Großteil der Maßnahmen wird in der zweiten Jahreshälfte umgesetzt bzw. abgerechnet. Derzeit gehen wir von einem planmäßigen Verlauf aus.



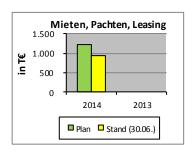
Bei der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens, insbesondere Kreisstraßen, sind derzeit 34,10 % der Planansätze ausbezahlt. Auch in diesem Bereich sind derzeit keine Kosteneinsparungen oder -überschreitungen erkennbar. Auf den Bericht zu den Kreisstraßen im Ausschuss für Umwelt und Verkehr (UVA) vom 01.07.2014 (BU 2014/24ff) wird verwiesen.



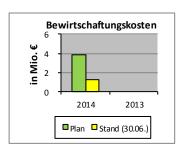
Die Aufwendungen für die **Unterhaltung des beweglichen Vermögens** (Büroausstattung, Telefon-/EDV-Anlagen) sind derzeit zu 33,26 % bewirtschaftet (ohne Schulbudget). Die Ausgaben der Schulbudgets in dieser Kostenart stehen bei 28,03 %. Abweichungen sind momentan nicht erkennbar.



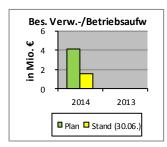
Beim Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) liegt der Bewirtschaftungsstand derzeit bei 38,61 % des Planansatzes (1.019.333 €). Davon betreffen allein ca. 449.000 € die Schulbudgets. Erfahrungsgemäß erfolgt hier im zweiten Jahr noch ein Großteil der Anschaffungen, so dass derzeit von einem planmäßigen Verlauf ausgegangen wird.



Von den Aufwendungen für **Mieten, Pachten und Leasing** wurden zum 30.06. insgesamt 75,75 % gebucht. Im Ansatz enthalten sind auch die Mietkosten für die Gemeinschaftsunterkünfte in Höhe von 544.868 €. Größere Planabweichungen sind nicht zu verzeichnen. Der hohe Bewirtschaftungsstand resultiert daraus, dass bestimmte Ratenzahlungen bereits für das gesamte Haushaltsjahr gebucht sind.



Die **Bewirtschaftungskosten** sind aktuell zu 31,89 % bewirtschaftet. Im Rahmen des Energiemanagements können bisher bei den Energiekosten leicht rückläufige Verbräuche festgestellt werden, was sich vermutlich in geringeren Kosten widerspiegeln wird. Bei den sonstigen Bewirtschaftungskosten sind derzeit keine Abweichungen erkennbar.

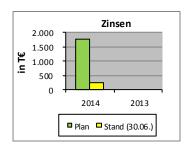


Bei den besonderen Verwaltungsund Betriebsaufwendungen sind derzeit 37,19 % der bereitgestellten Mittel verbraucht. Die größten Ausgabepositionen innerhalb dieser Kostenart sind die Kosten ans Rechenzentrum für EDV-Programme (556.209 €), die die Integrierte Leitstelle Betriebskosten für 350.000 €). der Verbrauch von Vorräten Möbellager des Landkreises (200.000 €), schulische Aufwendungen (199.800 €) sowie die Nahverkehrsplanung (Plan: 100.000 €). Derzeit sind in diesem Bereich keine negativen Entwicklungen erkennbar.

2.3 Planmäßige Abschreibung

Die Verbuchung der **Abschreibung** erfolgt grundsätzlich erst im Rahmen des Jahresabschlusses. Da die Erstbewertung des Anlagevermögens noch nicht abgeschlossen ist, können sich gegenüber der Planung größere Abweichungen ergeben, die derzeit noch nicht abgeschätzt werden können. Seit der Umstellung auf das Neue Haushaltsrecht belasten die Abschreibungen das Ergebnis des Haushalts.

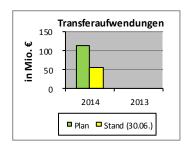
2.4 Zinsen und ähnliche Aufwendungen



Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung wurde für das Haushaltsjahr 2013 eine Neuverschuldung von 11,80 Mio. € und für 2014 von 9,50 Mio. € unterstellt. Da im Jahr 2013 keine Kreditaufnahme notwendig wurde, reduzieren sich die prognostizierten Aufwendungen für Kreditzinsen um 295.000 €. Sollte im Haushaltsjahr 2014 ebenso auf eine Neuverschuldung verzichtet werden, kommt es zu weiteren Einsparungen in Höhe von 125.000 €. Derzeit prüft das Amt für Finanzen jedoch die Möglichkeit eines Forward-Darlehens, um vom aktuellen Zinstief profitieren zu können, was mit Zinsaufwendungen im laufenden Jahr verbunden wäre.

Bei den **Kassenkrediten** führt das günstige Zinsniveau zu geringeren Aufwendungen in Höhe von 180.000 €.

2.5 Transferaufwendungen



Die **Transferaufwendungen** sind derzeit insgesamt zu 50,13 % bewirtschaftet und liegen somit im Plan.

Der Ausgabestand bei den **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke** (Plan: 10,63 Mio. €, davon Soziales und Jugend: 3,43 Mio. €) ist zur Jahresmitte 36,43 %.

Für den Defizitausgleich der AFK GmbH für das Jahr 2013 sind 2,44 Mio. € eingeplant. Tatsächlich beläuft sich das Defizit 2013 auf 3,99 Mio. €, was zu überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 1,55 Mio. € führen wird. Weitere Ausführungen zum Jahresabschluss der Kliniken erfolgen separat in der Kreistagssitzung am 25.07.2014.

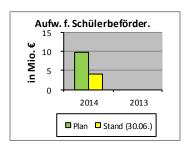
Aussagen über die Entwicklung der Zuschüsse im Bereich ÖPNV für den Filsland Mobilitäts-verbund 1,75 Mio. €) und die Teilintegration VVS und DING (Plan: 1,26 Mio. €) können noch nicht getroffen werden, da die entsprechenden Abrechnungen noch ausstehen. kommenden Bericht sollte hier eine Aussage möglich sein. Bei den sonstigen Zuschüssen, insbesondere an karitative Einrichtungen, sind derzeit keine Abweichungen erkennbar.

Die **Sozialtransferaufwendungen** (Plan: 90,90 Mio. €) verlaufen weitestgehend planmäßig. Lediglich bei den Hilfen für Flüchtlinge ist aufgrund höherer Fallzahlen mit Mehraufwendungen von rund 305.000 € zu rechnen.

Weitere Anmerkungen zu diesem Bereich sind in Anlage 2 zu finden.

Im Bereich der **Allgemeinen Umlagen** sind die FAG-Umlage (Plan: 6,82 Mio. €) und der Status-Quo-Ausgleich gem. § 22 FAG (Plan: 2,22 Mio. €) im Plan. Die im Februar 2014 festgesetzte Umlage an den KVJS liegt um rd. 58,000 € über dem Ansatz von 958,825 €.

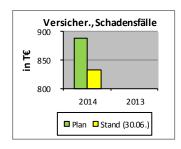
2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen



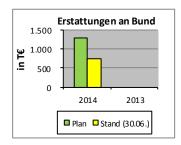
Die Aufwendungen für Schülerbeförderung sind momentan zu 42,61 % bewirtschaftet. Aufgrund von ausstehenden Abrechnungen ist eine Prognose zum aktuellen Zeitpunkt schwierig. Negative Entwicklungen sind derzeit jedoch nicht zu erkennen.



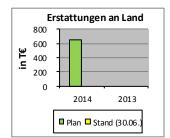
Im Bereich der **Geschäftsaufwendungen** wurden zur Jahresmitte 38,12 % der zur Verfügung stehenden Mittel ausgegeben. Hierin enthalten sind u. a. Aufwendungen für Bürobedarf, Fachliteratur, Post-/Telefongebühren, öffentliche Bekanntmachungen, Dienstreisen, Sachverständigen- und Beratungskosten. Auch hier gehen wir momentan von einem planmäßigen Verlauf aus.



Die Aufwendungen für **Steuern, Versicherungen, Schadensfälle** sind zu 93,64 % bewirtschaftet, da bereits die Versicherungsprämien in voller Höhe verbucht wurden.

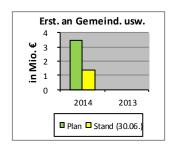


Bei den **Erstattungen an den Bund** für die Verwaltungskosten des Jobcenters sind aktuell 58,11 % der vorhandenen Mittel ausgegeben. Da die Abrechnung monatlich anhand der tatsächlichen Kosten erfolgt, ist eine Prognose zum aktuellen Zeitpunkt nur schwer möglich.

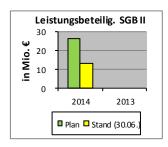


Die **Personalkostenerstattungen an das Land** im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform erfolgen erst zur zweiten Jahreshälfte, so dass hier derzeit noch keine Ausgaben angefallen sind.

Nach derzeitigen Erkenntnissen ist mit einem planmäßigen Verlauf zu rechnen.

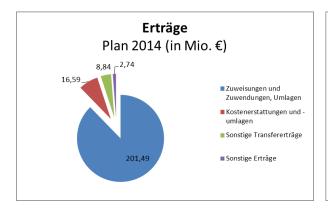


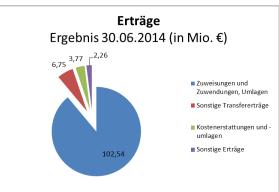
In der Kostenart Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände enthalten, sind insbesondere Aufwendungen für Schülerbeförderung an andere Landkreise, Gemeinden und sonstige Träger (Plan: 1,19 Mio. €), Landkreis Esslingen für Zahlungen den gemeinsame Straßenbauamt (Plan: 2,34 Mio. €), an den gemeinsamen Dienststelle Alb-Donau-Kreis für die Versorgungsverwaltung (Plan: 150.000 €) Eingliederungshilfen andere Kommunen (Plan: an 200.000 €). Derzeit sind in diesem Bereich 39,40 % der bewirtschaftet. Aufgrund Mittel ausstehender rechnungen ist derzeit keine Prognose möglich.



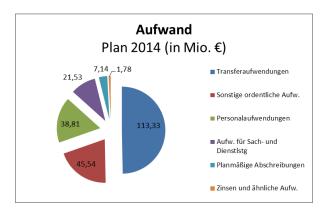
Die Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende läuft im ersten und zweiten Quartal planmäßig (Bewirtschaftungsstand: 50,35 %).

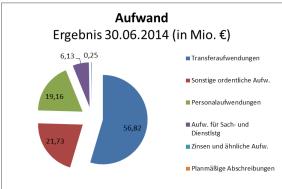
3. Zusammenfassung Ergebnishaushalt





Die Erträge des Ergebnishaushalts sind zur Jahresmitte zu 50,22 % bewirtschaftet und liegen damit voll im Plan. Derzeit rechnen wir mit Mehreinnahmen zwischen 3,00 und 4,00 Mio. €, insbesondere aufgrund der bisher positiven Entwicklung der Grunderwerbsteuer, den Schlüsselzuweisungen, dem außerplanmäßigen Zuschuss für die Teilintegration des VVS und den höheren Erträgen im Sozialbereich.





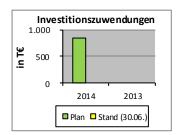
Auch bei den Aufwendungen des Ergebnishaushalts liegen wir zum 30.06.2014 mit einer Bewirtschaftung von 45,63 % im Rahmen der Planung. Mit höheren Ausgaben ist derzeit bei den Personalaufwendungen, den Kosten für die Gemeinschaftsunterkünfte sowie den Hilfen für Flüchtlinge zu rechnen.

Beim Defizitausgleich für die AFK GmbH kommt es zu einer überplanmäßigen Ausgabe von 1,55 Mio. €.

Im zweiten Halbjahr 2014 wird sich zeigen, ob diese Mehrausgaben teilweise durch verzögerte Stellenbesetzungen und geringere Aufwendungen, z.B. bei den Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- oder den laufenden Verwaltungskosten kompensiert werden können.

4. Finanzhaushalt: Entwicklung der wichtigsten Einzahlungen aus Finanzierungs- und Investitionstätigkeiten

4.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit



An **Investitionszuwendungen** sind im Haushaltsplan 2014 für den Radweg Schlierbach-Hattenhofen an der K 1419 insgesamt 708.334 € (Anteil Land: 425.000 €, Anteil Gemeinde: 283.334 €) eingeplant. Die grundsätzliche Förderfähigkeit der Maßnahme wurde vom Regierungspräsidium mit Schreiben vom 01.07.2014 bescheinigt. Der Bewilligungsbescheid ergeht jedoch erst im Laufe des Folgejahres, so dass die Mittel im laufenden Jahr nicht mehr abgerufen werden können und neu im Haushaltsjahr 2015 eingestellt werden müssen. Ebenso verhält es sich mit dem Landeszuschuss in Höhe von 140.000 € für einen Gefahrgut-Gerätewagen des Landkreises, da die entsprechende Investition erst im kommenden Jahr durchgeführt werden soll.

Die Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit liegen aufgrund von ungeplanten Versicherungsersätzen bereits zur Jahresmitte um ca. 5.000 € über dem Planansatz von 21.800 €.

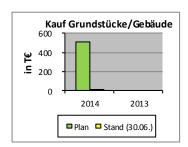
4.2 Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen

An neuen Kreditaufnahmen sind im Haushaltsjahr 2014 insgesamt 10,30 Mio. € eingeplant. Bisher war wie in den beiden Vorjahren keine Neuaufnahme erforderlich.

Wie bereits unter Ziff. 2.4 ausgeführt, prüft das Amt für Finanzen derzeit die Möglichkeit eines Forward-Darlehens oder die Aufnahme eines zinsgünstigen Darlehens von 0,50 Mio. € für den anteiligen Investitionskostenzuschuss an die AFK GmbH für eine energetische Maßnahme (BHKW). Daraus resultiert evtl. eine Kreditaufnahme im zweiten Halbjahr oder im Jahr 2015.

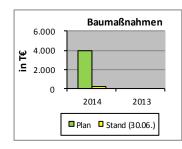
5. Finanzhaushalt: Entwicklung der wichtigsten Auszahlungen aus Finanzierungs- und Investitionstätigkeiten

5.1 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden



Für den Erwerb einer neuen Gemeinschaftsunterkunft wurden 500.000 € eingeplant. Derzeit ist noch unklar, ob die Mittel im laufenden Haushaltsjahr verwendet oder im Haushalt 2015 erneut eingestellt werden müssen.

5.2 Auszahlungen für Baumaßnahmen



Dadurch, dass der Haushalt 2014 erst mit Haushaltserlass des Regierungspräsidiums im März 2014 freigegeben wurde, ergibt sich ein verzögerter Bewirtschaftungsbeginn, der sich insbesondere in geringen Investitionszahlungen widerspiegelt.

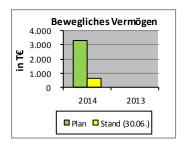
Im Bereich der **Hochbaumaßnahmen** sind derzeit lediglich 1,81 % der Planmittel bewirtschaftet. Erfahrungsgemäß werden die eingestellten Mittel im Jahr 2014 nicht mehr vollständig ausgegeben. Da im Neuen Haushaltsrecht keine Bildung von Haushaltsresten mehr möglich ist, müssen diese Planansätze im Folgejahr gegebenenfalls neu beantragt werden. Insoweit kommt es in den meisten Fällen nicht zu Einsparungen, sondern zu zeitlichen Verschiebungen von Kosten.

Für Konzeption die erste Planungsrate bei der Landratsamt 2015+ sind 500.000 € eingeplant, von denen lediglich laufenden Jahr vermutlich 300.000 € ausbezahlt werden. Der Umbau der Ausgabeküche und des Speiseraums der Bodelschwinghschule Geislingen (Plan: 100.000 €) wird voraussichtlich planmäßig verlaufen. Auch für das Berufsschulzentrum Göppingen Berichtsjahr möglicherweise außerplanmäßige Neubeschaffung der Ausgabetheke an. Wie bereits bei Ziff. 4.1 ausgeführt ist derzeit noch unklar. ob die Mittel für die neue Gemeinschafts-unterkunft in 2014 benötigt werden (Plan Hochbau: 100.000 €). Sonstige Abweichungen sind derzeit nicht erkennbar.

Bei den Investitionen im Bereich Tiefbau sind vier größere Maßnahmen im Haushaltsjahr 2014 geplant: Sanierung der Sanierung Stöttener Steige K 1400 (Plan:

1,60 Mio. €), Radweg Schlierbach-Hattenhofen K 1419 (Plan: 850.000 €), Sicherungseinrichtungen und Kleinmaßnahmen (Plan: 200.000 €) sowie Bau von Radwegen (200.000 €). Da bisher lediglich 2,48 % bewirtschaftet sind, gehen wir momentan davon aus, dass bei einem Großteil der Maßnahmen die eingestellten Mittel nicht komplett im laufenden Jahr abfließen und im Haushaltsjahr 2015 neu eingestellt werden müssen. Kosteneinsparungen oder -überschreitungen sind derzeit nicht erkennbar.

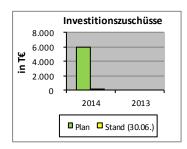
5.3 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen



Die Investitionen in bewegliches Vermögen sind zur Jahresmitte zu 18,68 % abgeflossen. Erfahrungsgemäß werden auch in diesem Bereich bis zum Jahresende nicht mehr alle Ausgaben getätigt, so dass die Finanzmittel im kommenden Haushaltsjahr neu eingeplant werden müssen. Genauere Angaben können erst ab dem 3. Quartal gemacht werden.

Rund 1,70 Mio. € der geplanten 3,30 Mio. € entfallen auf die budgetierten Schuleinrichtungen. Einsparungen in diesen Bereich werden grundsätzlich ins Folgejahr übertragen. Die Bewirtschaftung der EDV-Investitionen (Plan: 543.950 €) und für die Integrierte Leitstelle Göppingen (Plan: 230.000 €) verlaufen voraussichtlich planmäßig. Bei den Kosten für die Neumöblierung des Hohenstaufensaals rechnen wir damit, dass der Ansatz von 300.000 € um ca. 100.000 € durch kostengünstigere Ausschreibungsergebnisse nicht ausgeschöpft werden muss.

5.4 Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen

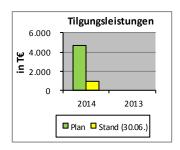


Bei den Investitionskostenzuschüssen an Dritte sind momentan lediglich 0,61 % der vorhandenen Mittel ausgegeben. Dies liegt insbesondere daran, dass die Alb Fils Kliniken GmbH die eingeplanten Zuschüsse in Höhe von 5,10 Mio. € bisher noch nicht abgerufen hat. Nach Aussagen der Geschäftsleitung der Kliniken wird dies jedoch im Laufe des Jahres planmäßig erfolgen.

Beim Zuschuss für den Erwerb von Feuerwehrsonderfahrzeugen (Plan: 450.000 €) werden im laufenden Jahr 350.000 € weniger benötigt, da der Gefahrgut-Gerätewagen des Landkreises nicht beschafft wird. Die entsprechenden Mittel werden im Haushalt 2015 neu eingestellt.

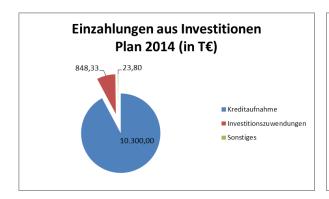
Zu den Investitionszuschüssen im ÖPNV-Bereich für die DING-Anzonung (Plan: 150.000 €) und Zuschüsse an Gemeinden (Plan: 200.000 €) können derzeit keine Prognosen erstellt werden, da der Mittelabfluss damit zusammenhängt, wann die entsprechenden Abrechnungen eingereicht werden.

5.5 Auszahlungen für die Tilgung von Krediten



Zur Jahresmitte sind 18,80 % der Tilgungsleistungen gebucht. Aufgrund unterschiedlicher Ratenzahlungszeitpunkte und der Verbuchung einzelner Raten nach dem 30.06. ergibt sich dieser niedrige Bewirtschaftungsstand. Wir erwarten einen planmäßigen Verlauf.

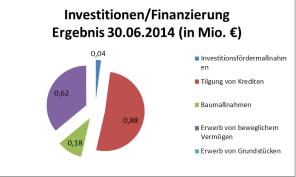
7. Zusammenfassung Finanzhaushalt





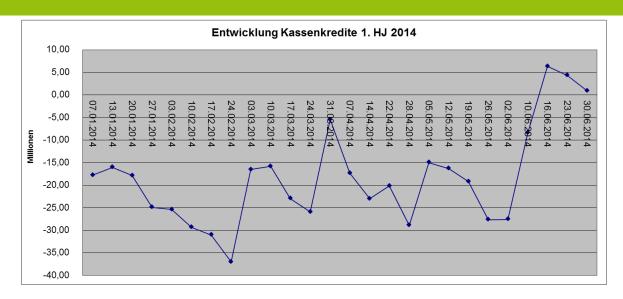
Bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit ist im Jahr 2014 mit Zuschussausfällen in Höhe von rund 850.000 € zu rechnen. Die entsprechenden Mittel gehen jedoch nach derzeitigem Erkenntnisstand im Folgejahr ein und führen damit lediglich zu einer zeitlichen Verschiebung. Im zweiten Halbjahr wird sich auch zeigen, ob weitere Kreditaufnahmen benötigt werden bzw. aufgrund der aktuellen Zinssituation sinnvoll sind.





Bei den Investitionen und Investitionszuschüssen sind aktuell 6,11 % bewirtschaftet. Eine Prognose ist zur Jahresmitte auch aufgrund des verzögerten Bewirtschaftungsbeginns erfahrungsgemäß kaum möglich. Erst im weiteren Jahresverlauf kann abgesehen werden, welche Mittel in 2014 abfließen und welche Ansätze im Haushaltsplan 2015 eingestellt werden müssen. "Echte" Einsparungen im Berichtsjahr sind derzeit lediglich bei der Neumöblierung des Hohenstaufensaals in Höhe von rund 100.000 € erkennbar.

7. Liquiditätslage



Die Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Kassenkredite im ersten Halbjahr 2014 (jeweils zu Wochenbeginn). Enthalten sind hierin auch die Kassenkredite der Alb Fils Kliniken GmbH.

Es wird deutlich, dass der Landkreis zur Sicherstellung seiner Liquidität dauerhaft auf Kassenkredite angewiesen ist. Ein hohes Finanzrisiko besteht, wenn der Anstieg des Zinsniveaus mit der Erfordernis hoher Kassenkreditaufnahmen zusammenfällt.

Das Amt für Finanzen prüft derzeit, ob die Bildung einer Liquiditätsreserve möglich ist, um entsprechende Risiken abfedern zu können; dies ist im Rahmen der Evaluierung des NKHR ohnehin künftig gesetzlich vorgesehen.

8. Fazit

Das erste Halbjahr 2014 verläuft nach derzeitigen Erkenntnissen weitgehend planmäßig. Aufgrund höherer Landeszuweisungen und der guten Entwicklung der Grunderwerbsteuereinnahmen können vermutlich die überplanmäßigen Ausgaben für den Verlustausgleich der Kliniken und mögliche Mehraufwendungen im Personalund Sozialbereich im Ergebnishaushalt aufgefangen werden.

Die Auswirkungen der seit dem Neuen Haushaltsrecht zwingend zu erwirtschaftenden Abschreibungen können bis zur Feststellung der Eröffnungsbilanz noch nicht im Detail beziffert werden.

Im Finanzhaushalt kommt es zu Verschiebungen bei den Einnahmen aus Landeszuschüssen und mit großer Wahrscheinlichkeit auch bei den Investitionsausgaben. Diese Mittel müssen im kommenden Haushaltsjahr erneut eingeplant werden und führen somit zu keiner echten Entlastung.

Die Entwicklung der Kreisfinanzen im ersten Halbjahr 2014 entwickelt sich aus Sicht der Verwaltung zufriedenstellend. Größere Risiken im aktuellen Haushaltsjahr sind momentan nicht erkennbar.

1. Finanzzwischenbericht 2014

Finanzcontrolling Stand: 30.06.2014



	Ges	samtergebnisrec	hnung - Erti	räge		
Berichtszeitraum:	01.01.2014	30.06.2014	. 181 Tage			Berichtszeitpunkt: 25.07.201
Kostenarten	Planansatz 2014 in €	angeordnete Beträge zum 30.06.2014 in €	Ist Jahreszu-/ -abfluss zum 30.06.2014 in %	Soligröße Jahreszu-/ -abfluss zum 30.06.2014 in %	Vorjahres- Ist zum 30.06.2013 in %	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7
Steuern und ähnliche Abgaben	1.000.000,00	1.776.693,41	177,67%	50%	-	Wohngelderstattungen des Landes (siehe Ziff. 1.1)
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	201.489.115,00	102.538.340,06	50,89%	50%	-	- Schlüsselzuweisungen - Sonstige allg. Zuweisung vom Land (FAG, Sonderbehörden, Verwarn- und Bußgelder, Gebühren, usw.) - Zuweisungen für Ifd. Zwecke (Soziallastenausgleich, Sachkostenbeiträgen, Schülerbeförderung, Kreisstraßen, GSiG, usw.) - Grunderwerbsteuer - Kreisumlage - Leistungsbeteiligung Bund SGB II (siehe Ziff. 1.2)
Sonstige Transfererträge	8.836.800	6.754.566,36	76,44%	50%		Siehe Bericht Sozialcontrolling und Ziff. 1.3
Öffentlich-rechtliche Entgelte	347.775,00	104.173,74	29,95%	50%	-	siehe Ziff. 1.4
Privatrechtliche Entgelte	860.090,00	300.738,16	34,97%	50%	-	siehe Ziff. 1.5
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.593.245,00	3.768.554,61	22,71%	50%	 Erstattungen vom Bund für Sozialbereich Eigenanteile Schülerbeförderung Erstattungen von Eigengesellschaften (siehe Ziff. 1.6) 	
Zinsen und ähnliche Erträge	417.000,00	2.185,91	0,52%	50%	-	- Freier Überschuss AWB - Gewinnanteile von Beteiligungen (siehe Ziff. 1.7)
Aktivierte Eigenleistungen und Bestandveränderungen	50.000,00	0,00	0,00%	50%	-	siehe Ziff. 1.8
Sonstige ordentliche Erträge	61.600,00	80.913,72	131,35%	50%	-	- Nebenforderungen (siehe Ziff. 1.9)
Summe der ordentlichen Erträge	229.655.625,00	115.326.165,97	50,22%	50%	-	

	Gesamtergebnisrechnung - Aufwendungen								
	Berichtszeitraum:	01.01.2014	30.06.2014	181	Tage		Berichtszeitpunkt:	25.07.2014	
	Kostenarten	Planansatz 2014 in €	angeordnete Beträge zum 30.06.2014 in €	Ist Jahreszu-/ -abfluss zum 30.06.2014 in %	Sollgröße Jahreszu-/ -abfluss zum 30.06.2014 in %	Vorjahres- Ist zum 30.06.2013 in %	Erläute	rungen	
	1	2	3	4	5	6	7	7	
11	Personalaufwendungen	38.807.533	19.156.916,62	49,36%	50%	-	siehe Ziff. 2.1		
	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.529.531	6.131.343,68	28,48%	50%		- Gebäudeunterhaltung - Unterhaltung sonst. unbewusw.) - Unterhaltung + Beschaffur (Ausstattung, EDV, usw.) - Mieten, Pachten, Leasing - Bewirtschaftungskosten - Besondere Verwaltungs- und beschaften (Profesional Preiwilligkeitsleistungen) (siehe Ziff. 2.2)	ng bewegl. Vermögen	
14	Planmäßige Abschreibungen	7.138.623	8.552,12	0,12%	50%	-	siehe Ziff. 2.3		
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.782.557	253.254,39	14,21%	50%	-	siehe Ziff. 2.4		
16	Transferaufwendungen	113.328.799	56.815.427,69	50,13%			Sozialtransferaufwendung Zuweisungen für Ifd. Zwec Kliniken, ÖPNV, usw.) Allgemeine Umlagen (FAG (siehe Bericht Sozialcontrol	cke (Verlustausgleich G, KVJS)	
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.544.908	21.732.570,73	47,72%	50%	-	- Schülerbeförderung - Geschäftaufwendungen - Steuern, Versicherungen - Erstattungen an den Bunc - Erstattungen Personalkos (Verwaltungsstrukturreform - Erstattungen an Gemeind Esslingen, gem. Dienststell usw.) - Leistungsbeteiligung Grur (siehe Ziff. 2.6)	eten an Land en (Straßenbauamt e Versorgungsverwaltung,	
18	Summe der ordentlichen Aufwendungen	228.131.951	104.098.065	45,63%	50%	-			

Gesamtfinanzrechnung - Einzahlungen aus Finanzierungs- und Investitionstätigkeiten									
Berichtszeitraum:	01.01.2014	30.06.2014	181	Tage		Berichtszeitpunkt:	25.07.2014		
Kostenarten	Planansatz 2014 _{in €}	angeordnete Beträge zum 30.06.2014 in €	Ist Jahreszu-/ -abfluss zum 30.06.2014 in %	Sollgröße Jahreszu-/ -abfluss zum 30.06.2014 in %	Vorjahres- Ist zum 30.06.2013 in %	Erläuter	ungen		
1	2	3	4	5	6	7			
18 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	848.334	0,00	0,00%	50%	-	siehe Ziff. 4.1			
20 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	2.000	2.514,41	125,72%	50%	-	siehe Ziff. 4.1			
21 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	14.885,00	-	50%	-	siehe Ziff. 4.1			
22 Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	21.800	27.000,96	123,86%	50%	-	siehe Ziff. 4.1			
23 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	872.134	44.400,37	5,09%	50%	-				
33 Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	10.300.000	0,00	0,00%	50%	-	siehe Ziff. 4.2			
Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	10.300.000	0,00	0,00%	50%	-				

Gesamtfinar	Gesamtfinanzrechnung - Auszahlungen aus Finanzierungs- und Investitionstätigkeiten								
Berichtszeitraum:	01.01.2014	30.06.2014	181	Tage		Berichtszeitpunkt:	25.07.2014		
Kostenarten	Planansatz 2014 _{in €}	angeordnete Beträge zum 30.06.2014 in €	Jahreszu-/ -abfluss zum 30.06.2014 in %	Sollgröße Jahreszu-/ -abfluss zum 30.06.2014 in %	Vorjahres- Ist zum 30.06.2013 in %	Erläuteru	ngen		
1	2	3	4	5	6	7			
24 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	510.000	621,00	0,12%	50%	-	siehe Ziff. 5.1			
25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.914.000	179.217,26	4,58%	50%	-	siehe Ziff. 5.2			
26 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen	3.304.555	617.346,96	18,68%	50%	-	siehe Ziff. 5.3			
28 Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen	5.900.000	36.027,24	0,61%	50%	-	- Alb Fils Kliniken GmbH - Feuerwehrsonderfahrzeuge - ÖPNV (siehe Ziff. 5.4)			
30 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	13.628.555	833.212,46	6,11%	50%	-				
34 Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	4.703.248	884.084,87	18,80%	50%	-	siehe Ziff. 5.5			
Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	4.703.248	884.084,87	18,80%	50%	-				
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	18.331.803	1.717.297,33	9,37%	50%	-				

Berichtsempfänger:

Quartalsbericht

Jugend und Soziales



Juni 2014

Berichterstatter:

Landrat Fraktionsvorsitzende Mitglieder des Sozial- und Jugei Dezernent für Finanzen und Bet Dezernent für Jugend und Sozia	eiligungen					Berichterstatter: Jürgen Stehle Dezernat für Jugend und Sozi Sozialcontrolling	ales	
Berichtszeitraum:	01.01.2014	30.06.2014	181	Tage		Berichtszeitpunkt:	16.06.2014	
Ergebnis = Erträge minus Aufwendungen	Planansatz 2013	Planansatz 2014	angeordnete Beträge 16.06.2014	Hochrechnung 2014	Prognose 2014	Planabweichung in Euro =Sp. 6 minus Sp. 3		Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Teilhaushalt 5 - Jug						-		
	96.709.657	100.183.359	45.998.118,83	94.775.212,00	99.812.297	-371.062,00	-0,37%	siehe unten
Sozialhilfe Produktbereich 31	70.108.081	72.799.492	35.528.679,08	73.662.805,88	72.000.000	-799.492,00	-1,10%	siehe unten
darunter auszugsweise Haupt				1	1			Di 101 / DI
Hilfe zur Pflege Produkt 31.10.01	12.604.728	12.978.288	5.409.329,89	10.908.317,18	12.978.288	0,00	0,00%	Planmäßiger Verlauf. Differenz zw. Hochrechnung und Prognose, weil einige Erträge und Aufwendungen erst in der zweiten Jahreshälfte anfallen.
Eingliederungshilfe Produkt 31.10.02	30.458.693	30.966.553	12.680.025,21	25.570.216,58	30.500.000	-466.553,00	-1,51%	Weitere Nachzahlungen und Zinszahlungen für Ausbildungsförderung verbessern das Ergebnis.
Hilfe z. Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Produkt 31.10.05	4.150.676	1.977.988	3.631.977,44	7.324.153,40	1.977.988	0,00	0,00%	Planmäßiger Verlauf. Höhere Aufwendungen bei der Grundsicherung werden in vollem Umfang durch den Bund erstattet.
Kommunaler Anteil am Arbeitslosengeld II Produktgruppe 31.20	17.487.919	20.387.931	10.569.358,23	21.313.899,19	19.700.000	-687.931,00	-3,37%	Wohngelderstattung des Landes 0,7 Mio € höher als geplant.
Flüchtlinge Produktgruppe 31.30 Produkt 31.40.01	989.278	-204.622	1.700.974,79	3.430.142,53	100.000	304.622,00	148,87%	Weiterhin hohe Zugangszahlen an Flüchtlingen.
						•		
Jugendhilfe Produktbereich 36	25.643.470	26.271.570	10.269.990,80	20.710.202,44	26.700.000	428.430,00	1,63%	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz gehen nicht im geplanten Umfang ein.
Schwerbehindertenrecht und Soziales Entschädigungsrecht Produktbereich 37	958.106	1.112.297	199.448,95	402.203,68	1.112.297	0,00	0,00%	Innere Verrechnungen, die Erstattung an den alb-Donau-Kreis und Sachkosten im Umfang von rund 710.000 € werden erst am Jahresende verbucht.

Glossar

Der Bericht beschreibt die wichtigsten finanziellen Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich des Dezernats für Jugend und Soziales im

Folgende Bereiche sind aufgeführt:

Teilhaushalt 5 – Jugend und Soziales – gesamt

Produktbereich 31 - Sozialhilfe -

- darunter auszugsweise die folgenden Hauptleistungsarten (ca. 92% des gesamten Produktbereichs):
- Hilfe zur Pflege Produkt 31.10.01
- Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung Produkt 31.10.02
- Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Produkt 31.10.05
- Kommunaler Anteil am Arbeitslosengeld II Produktgruppe 31.20
- Flüchtlinge Produktgruppe 31.30 und Produktbereich 31.40.01

Produktbereich 36 - Jugendhilfe

Produktbereich 37 - Schwerbehindertenrecht und Soziales Entschädigungsrecht

Der Berichtsturnus ist vierteljährlich zum Quartalsende. Die zurückliegenden Quartale werden aufsummiert.

Dargestellt wird das Ergebnis, d.h. die Erträge abzüglich der Aufwendungen in Euro.

Der Bericht bildet den Ergebnishaushalt ab. Die angeordneten Beträge (Spalte 4) geben die Sollstellungsbeträge wieder.

Innerhalb der Spalten des Berichts geht der Blick von links nach rechts. Von der Vergangenheit (= Spalte 2: Planansatz Vorjahr)

über die Gegenwart (= Spalte 3: Planansätze laufendes Haushaltsjahr und Spalte 4: Ist-Ergebnisse zum Quartalsende) in die Zukunft (= Spalte 5: Ergebnis der linearen, mathematischen Hochrechnung und Spalte 6: Prognose zum Abschluss des Haushaltsjahres). In der Prognose werden durch die Fachämter Umstände berücksichtigt, die zu einer Abweichung von der Hochrechnung führen. In den spalten 7 und 8 wird die absolute und prozentuale Abweichung zwischen Prognose und Planansatz dargestellt.